

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0051/2024 (DDI)

**Kleine Anfrage Fraktion SVP: Asylchaos – wie sehen die aktuellen Zahlen aus?
(27.03.2024)**

Die Schweiz und Europa befinden sich in einer Asylkrise – unabhängig davon, ob man den Zustrom von Schutzbedürftigen aus der Ukraine berücksichtigt oder nicht. Im zweiten Jahr in Folge wurden mehr als 50'000 illegale Einwanderer und Einwanderinnen an den Grenzen aufgegriffen und das Asylbudget des Bundes ist von 1,5 auf 4 Milliarden Franken pro Jahr gestiegen. Dies dürfte im Kanton Solothurn ähnlich aussehen. Und wer einmal hier ist, kann kaum mehr in sein Herkunftsland zurückgeschafft werden, folglich ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung der stets steigenden finanziellen Belastung weitergehen dürfte. Das ist zum Nachteil der Schweizer Bürger und Bürgerinnen, der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen und der Kantone.

Um sich dieser Krise im Detail voll bewusst werden zu können, ist eine lokale Analyse wichtig. Nach Abschluss der Erstverfahren sind es nämlich die Kantone, welche schlussendlich die Last im Zusammenhang mit der Aufnahme von Migranten und Migrantinnen tragen. Insbesondere gibt es immer mehr Personen, die keinen Asylgrund haben, aber nicht abgeschoben werden können.

Wir bitten den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Personen beschäftigt das zuständige Amt des Kantons Solothurn aktuell (Anzahl Stellen und Vollzeitäquivalente) und wie war die Entwicklung in den letzten drei Jahren (2021-2023)?
2. Wie hoch waren die kantonalen Kosten im Asylbereich in den vergangenen drei Jahren im Jahresvergleich (2021-2023) und mit welchen Ausgaben wird im laufenden Jahr gerechnet? Dabei sind nebst allen direkten vor allem auch die indirekten Kosten (Amt für Gesellschaft und Soziales [AGS], ORS, externe Dienstleister, Hilfsorganisationen usw.) aufzuschlüsseln, darunter insbesondere die Kosten für soziale Einrichtungen, Personal, Infrastruktur, Begleitung, Übersetzungen, Prämienverbilligungen und alle anderen relevanten Kosten, unabhängig davon, ob sie durch die Bundeshilfe gedeckt sind oder nicht.

Begründung 27.03.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Thomas von Arx, 2. Beat Künzli (2)